

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltigen Nonpareilzeilen ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 22. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Gefangene der Militärpartei.

Paris, 22. Juli. (WZ.) Die französische Note auf die englische Antwort in der oberschlesischen Frage ist gestern abend durch den französischen Botschafter in London Lord Curzon überreicht worden.

Wie dem „Matin“ mitgeteilt wird, hatte Lord Curzon an dem britischen Standpunkt festgehalten, zuerst die oberschlesische Frage zu regeln und erst dann, wenn es notwendig erscheint, Truppen zu entsenden.

London, 22. Juli (GZ.) Der „New Yorker Herald“ schreibt: Nach Informationen aus guter Quelle teilt auch der italienische Oberkommissar in Oberschlesien diesen Standpunkt, den Lord Curzon und Lloyd George vertreten.

Die Chauvinistenpresse Frankreichs setzt auch weiter ihr sauberes Handwerk fort. Der „Radical“ plaudert bei dieser Gelegenheit aus der Schule. Es sei schon richtig, gesteht er, daß das beste Mittel, das Kabinett Wirth zu stützen, die Zuteilung ganz Oberschlesiens an Deutschland und die Aufhebung der Sanktionen sei.

Die italienische Presse

macht aus ihrer Abneigung gegen die französische Gewaltpolitik kein Hehl. So spricht der „Popolo Romano“ seine Genugtuung darüber aus, daß Italien sich dem Schritt Frankreichs nicht angeschlossen hat.

pathie gewisser Pariser Blätter für Loreta sei bedenklich. Hoffentlich sei Italien nicht durch einen Vertrag an Frankreich gebunden, der stärker sei als der Wille der Regierung.

Was dann?

Briand tritt am Montag seinen Urlaub an. Lloyd George wird ihm in den ersten Tagen des August folgen. Auch das englische Auswärtige Amt kündigt eine Sommerpause an.

Lloyd George sagt, er könne nicht nach Washington gehen, ehe das oberschlesische Problem gelöst ist. Wirth sagt, er könne nicht mit seinem Steuerbulet vor das deutsche Parlament treten, wenn er nicht die gerechte Entscheidung über Oberschlesien in der anderen Hand hält.

Labour Party und Einigkeit.

Ein Gespräch mit Arthur Henderson.

Auf der Durchfahrt nach Kopenhagen, zum dänischen Parteifest, weilten gestern abend die Genossen Henderson und MacDonald aus England und de Broekere und van Roosbroeck aus Belgien in Berlin.

Unser Redaktionsmitglied richtete an den Genossen Henderson die Frage, ob er den Wunsch habe, den deutschen Arbeitern irgendetwas Bestimmtes mitzuteilen, worauf er selber besonderen Wert lege.

Henderson antwortete: „Ja, ich möchte den deutschen Arbeitern vor allem sagen, daß wir in England jede Trennung und jede Zersplitterung in der Arbeiterbewegung für ein großes Unglück halten, daß sie die Einigkeit wollen, die allein unsere Bewegung stark machen kann.“

Das Gespräch kam dann auf das Schreiben, mit dem die Wiener Arbeitsgemeinschaft von ihrer Frankfurter Konferenz aus die Einladung der Labour Party zu einer gemeinsamen Aussprache beantwortet hatte.

„Die Wiener Arbeitsgemeinschaft lehnt eine eigentliche Einigung aus grundsätzlichen Bedenken ab, erklärt sich aber zu unverbindlichen Besprechungen. Die rein informativsten Zweck haben sollen, bereite Selbstverständlichkeit sind auch wir bereit, solche informativsten Besprechungen mit den der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien abzuhalten.“

Pahig in Dänemark verhaftet.

Wie die „Morgenpost“ meldet, wurde der Führer des deutschen U-Bootes 86, Kapitänleutnant Pahig, in Odense verhaftet. Die Festnahme erfolgte, weil Pahig im beraubten Zustande mehrere Damen auf der Straße belästigte.

Dieser Vorfall in Dänemark vervollständigt das Bild, das man sich nach dem Verlauf der Verhandlungen vor dem Leipziger Reichsgericht, denen sich Pahig durch die Flucht entzogen hatte, machen mußte. War seine Flucht dazu angetan, die beiden mitangeklagten Offiziere Dithmar und Boldt wesentlich schwerer zu belasten, als dies bei einer Mitverantwortung des Pahig der Fall gewesen wäre, so zeigt sein weiteres Verhalten in Dänemark, daß auf ihn das Idealbild eines U-Boot-Helden, das gewisse Rechtsblätter von ihm zu entwerfen suchten, äußerst unzutreffend ist.

Bölkerechtlich liegt die Sache folgendermaßen: Die Auslieferung ist ein Akt der internationalen Rechtshilfe, die die europäischen und amerikanischen Staaten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit zwecks bestmöglicher Erschöpfung aller Rechtsgrundzüge miteinander vereinbart haben. Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich nur bei gemeinen Verbrechen, sie ist jedoch für politische Delikte so gut wie ausgeschlossen.

Im Falle des Kapitänleutnants Pahig ist die Sachlage nur unter Zugrundelegung der materiellen Straftat zu beurteilen. Der Antrag des Staatsanwalts ging bekanntlich auf Bestrafung der beiden U-Boot-Führer wegen ver-

suchten Mordes; es unterliegt keinem rechtlichen oder tatsächlichen Zweifel, daß ein gleicher oder verschärfter Strafentwurf — vollendeter Mord — gegen Pahig ergangen wäre. Der Hinweis darauf, daß die Verletzung des Lazarett-Schiffs eine Kriegshandlung war, ist unseres Erachtens nicht geeignet, der Verletzung der „Mandovern Castle“ den Charakter eines gemeinen Verbrechens zu nehmen, wie sich denn auch die Begründung des Urteils gegen Dithmar und Boldt nach gleicher Richtung hin ausspricht.

Hierzu verbreitet WZB. folgende Meldung: Nach Drahtmeldungen soll der U-Boot-Kommandant Pahig in Dänemark angeblich wegen einer dort begangenen Polizeibestrafung von der dänischen Polizei verhaftet worden sein. Das Auswärtige Amt hat sofort die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen angewiesen, festzustellen, ob diese Nachricht zutrifft, und beziehendfalls den Auslieferungsantrag anzufordern, der unverzüglich gestellt werden würde.

Bemerkenswert ist hierbei, daß, wie aus dem Wolff-Telegramm hervorgeht, die deutsche Regierung im Fall der Identität des Verhafteten mit Pahig unverzüglich den Auslieferungsantrag stellen würde; die deutsche Regierung legt also ihren beabsichtigten Maßnahmen eine Rechtsauffassung zugrunde, die mit den oben gemachten Ausführungen über die völkerrechtliche Seite der Frage vollkommen übereinstimmt.

Trotz des Friedensvertrages zwischen Faschisten und Kommunisten üben die Faschisten in Italien auch weiterhin ihr übles Handwerk aus. So wurden in Sarzana bei einem Zusammenstoß zwischen Faschisten und Carabinieri vier Faschisten getötet und einige verwundet.

„Glauben Sie, daß Ihnen in England Neuwahlen noch bevorstehen?“

„Wenn die Verständigungsaktion mit Irland scheitert, können wir in wenigen Wochen soweit sein. Wir wünschen natürlich eine Verständigung, die dem Blutvergießen Einhalt tut, wir wollen für Irland jede Form der Selbständigkeit, die keine neuen militärischen Gefahren schafft, keine Unterdrückung von Minderheiten mit sich bringt.“

„Wie schätzen Sie die Aussichten der Englischen Arbeiterpartei bei diesen Neuwahlen?“

„Wir halten sie für sehr gut. Es handelt sich im Ganzen um rund 700 Kreise, davon 100 irische. Die gehen uns nichts an, die sind Sache der Irischen Arbeiterpartei. Von den rund 600 Wahlkreisen von England, Schottland und Wales werden wir in etwa 500 mit eigenen Kandidaten aufreten. Bei den letzten Wahlen von 1918 kandidierten wir nur in 360 Wahlkreisen. Wir haben insgesamt etwa 22 Millionen Wähler, davon 8-9 Millionen Frauen. Gewerkschaftlich organisiert sind 7 Millionen, dazu kommen die Millionen Frauen, die mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern verheiratet sind, die aber selber nicht im Erwerbsleben stehen, also auch nicht gewerkschaftlich organisiert sind.“

„Glauben Sie, daß der Ausgang des Bergarbeiterstreiks und daß der Lohnabbau die Erfolge der Arbeiterpartei beeinträchtigen könnten?“

„Im Gegenteil! Natürlich werden wirtschaftliche Fragen im Wahlkampf eine überragende Rolle spielen. Aber dabei wird der Blick der Wähler ganz unwillkürlich auf die politischen Fragen gelenkt, weil sie den großen Einfluß des

Gewerkschaftsbewegung

Die „Rote Fahne“ in Not.

In seiner heutigen Morgenausgabe jammert das kommunistische Jahrbuch über „Menschentümliche Kampfmethoden“ der Menschewistenblätter „Vorwärts“ und „Freiheit“. Es gefällt den zortfühlenden und immer so überaus rücksichtslosen Herrchen in der Stollschreiberstraße gar nicht, daß wir uns gestern abend ein wenig mit dem Vorleben einiger ihrer „Genossen“ beschäftigten. „Statt grundsätzlicher Stellungnahme zu den Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften, zur Arbeitslosenfrage, zum Lohnabbau, Klassenkämpfen, Klassenkampf oder Arbeitsgemeinschaft“, so jammert das Kommunistenblatt, „bringen diese Organe Schwindel Nachrichten über Russland.“ Wo diese Schwindelnachrichten zu lesen waren, sagt es aber nicht, denn es weiß ganz genau, daß unser Material über die russische Hungerkatastrophe aus der Gegend von Rostow kommt und sich fast gar nicht von den Meldungen der „Roten Fahne“ unterscheidet.

Wie die „Rote Fahne“ unsere angeblichen Schwindeleien im gefirgten Abendblatt widerlegt, zeigt das folgende Zitat:

„Des weitern wird ein bulgarischer Genosse als ein berühmter Streikbrecher während des Eisenbahnerstreiks im Jahre 1919 und als ein Schützling des Königs Ferdinand bezeichnet. Der „Vorwärts“ weiß natürlich ganz genau, daß in den wenigen Tagen, die uns noch von dem Wahltag trennen, eine durch einwandfreies Material belegte Entlarvung seiner Schwindeleien nicht möglich ist. Aber schon die eine Tatsache strast den „Vorwärts“ tügler, daß auf dem Kongreß eine sehr starke Delegation von bulgarischen Arbeitern war, die sicher einen Streikbrecher nicht in ihrer Mitte geduldet hätten.“

Ueber die Ausrede könnte man eigentlich mit einem herzhaften Lachen hinweggehen. Was würde die „Rote Fahne“ wohl sagen, wenn wir mittelten würden, Adoff Hoffmann oder sonst einer der kommunistischen Führer habe silberne Koffer gestohlen, wir könnten das zwar sofort beweisen, aber wir hätten jetzt keine Zeit, die Richtigkeit nachzuprüfen. Mit Recht würde nicht nur die „Rote Fahne“, sondern die ganze Dessenflichter sagen, daß wir in leichtfertiger Weise unsere Mitmenschen verunglimpfen. Nach dieser Methode aber arbeitet die „Rote Fahne“. Sie bezeichnet unsere Mittelungen als Schwindeleien, ohne auch nur den allergeringsten Beweis für ihre Behauptung erbringen zu können.

Der Jammer darüber, daß wir einer „grundsätzlichen Stellungnahme“ ausweichen, ist vollkommen unangebracht. Wir haben es gar nicht nötig, so oft und so laut unsere grundsätzliche Stellung kundzutun wie die „Rote Fahne“. Aus dem Grunde nicht, weil unsere grundsätzlichen Erklärungen immer so klar und so eindeutig waren, daß die Arbeiter sie sofort begriffen, während sie das kommunistische Geseßel nicht verdauen und die kommunistische Schaukelpolitik nicht verstehen werden, selbst dann nicht, wenn die „Rote Fahne“ täglich viermal erscheinen würde.

Und dann! Es soll nicht möglich sein, daß sich ehemalige Streikbrecher unter Kommunisten befinden? Bieviel Mitglieder würde denn eigentlich die KPD behalten, wenn sie alle gewissen Streikbrecher zum Teufel jagen würde? Bei den Kommunisten ist doch alles möglich, selbst daß die „Rote Fahne“ ißt wie gedruckt. Ja, es ist sogar schon vorgekommen, daß eine große Zahl von Menschen auf diese Schwindeleien hereingefallen ist. Aber wenn die Kommunisten etwa an die Möglichkeit glauben sollten, daß sie bei den bevorstehenden Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband mit solchen Schwindeleien den Sieg erringen können, dann irren sie sich. So etwas ist nämlich nicht möglich, da alle Klassenbewußten und wirklich revolutionären Arbeiter geschlossen für die Liste A eintreten.

Der „arbeiterfeindliche“ Oberpräsident.

Unter diesem Titel teilte die „Freiheit“ in ihrer Nr. 335 mit, daß der Oberpräsident Genosse Roske im Landarbeiterstreik in Rehdin gar nicht daran denke, die Gutsbesitzer zu Verhandlungen mit dem Landarbeiterverband zu zwingen, daß er vielmehr die Einsetzung der Technischen Nothilfe zur gewalttätigen Unterdrückung des Streiks angeordnet und die Gendarmerie verstärken lassen habe. Wenn nichts Besseres vorliegt, dann ist die „Freiheit“ hier einer bewußten Irreführung zum Opfer gefallen. Die Dinge liegen in Wirklichkeit so:

Der Anweisung des Oberpräsidenten Roske an den zuständigen Regierungspräsidenten, Stabe, sofort Verhandlungen zwischen den beiden Parteien in die Wege zu leiten, hat leider nicht entsprochen werden können, weil die Arbeitgeber sich strikte ablehnend verhalten. Der Regierungspräsident muß daraufhin eine Beilegung der Streitigkeiten durch den Schlichtungsausschuß herbeizuführen suchen. In den ersten Tagen vorgenommene Ausschreitungen haben den Regierungspräsidenten veranlaßt, zur Unterstützung der wenig zahlreichen Gendarmen im Kreise eine Anzahl Beamte der Schutzpolizei dorthin zu beordern. Die Einsetzung der Technischen Nothilfe ist zwar gewünscht, vom Genossen Roske jedoch abgelehnt worden, da von einer Gefährdung lebenswichtiger Interessen der Bevölkerung zurzeit keine Rede sein kann.

Wir erwarten von dem journalistischen Anstand der „Freiheit“, daß sie ihren Lesern diesen Tatbestand mitteilt, der selbst der „Roten Fahne“ keine Veranlassung zu der Beschimpfung Roskes und der SPD. geben kann, die sich die „Freiheit“ im Anschluß an ihre erfundene Meldung gestattet.

Worte und Taten.

Die Kommunisten fordern bei jeder Gelegenheit unter ungeheurem Phrasenschwall die Erfüllung der bekannten 10 Punkte der KPD. Wenn es sich aber um ihre praktische Verwirklichung handelt, sind sie nirgends zu finden.

So hatte der 5. Ausschuß des Reichstages eine Unterkommision eingesezt, die Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit formulieren sollte. Bei diesen Vorschlägen war bei dem Kapitel „Allgemeine Volkswirtschaftliche Maßnahmen“ vorgesehen, daß a) bei Streitigkeiten zwischen fortellerten Unternehmern und Abnehmern diese Interessenten den Arbeitern den Lohnausfall zu ersetzen haben, wenn letztere dadurch arbeitslos werden; b) daß die Regierung beauftragt wird, zu prüfen, wie durch Gesetz die Löhne und Gehälter der Abnehmer nach der mit Sicherheit zu erwartenden neuen Teuerung der Lebenshaltung eine der weiteren Teuerung entsprechende Aufbesserung erfahren können.

Diese beiden für die Arbeiterschaft zweifellos außerordentlich wichtigen Entwürfe wurden im 5. Ausschuß mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, weil der revolutionäre Vertreter der KPD. wieder einmal wie schon oft bei den Beratungen des 5. Ausschusses fehlte.

Die Arbeiter — vor allem die Metallarbeiter, die am Sonntag und Montag zu entscheiden haben über Vortradikalismus oder praktische Gewerkschaftsarbeit — können aus dieser Tatsache wieder erkennen, wie ernst es diesen Vortheben mit der Erfüllung der 10 Punkte der KPD. ist, die sie ja anfänglich mühsend bekräftigten, um denn plötzlich, womöglich noch während ihre schnellste Verwirklichung zu fordern, weil sie, wie sie sich herauszureden versuchen, dadurch den Nachweis von der Unmöglichkeit, Arbeiterfeindlichkeit und sonstigen schreckhaften Eigenschaften des „gelben“ Gewerkschaftsbundes zu erbringen wollen. Schade, daß sie nicht sofort auf diese Ausrede verfallen sind. Sie hätten sich dann den Kampf gegen die 10 Punkte der KPD. ersparen können. Aber folgerichtiges Handeln ist bei diesen sonderbaren Politikern noch nie zu finden gewesen.

Vernunft-Erklärung.

Die Unternehmer können sich immer noch nicht an die neue Zeit gewöhnen und glauben, daß sie durch „Schwarze Listen“ das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft erwürgen können.

So befinden sich zurzeit bei der Firma Hönnes, Ing. Dönniges, Berlin, Schönleinstr. 15, die Graphen- und Zylinder- im Streik. Die Unternehmer haben infolge dessen in der am 1. Juli stattgefundenen Sitzung folgendes beschlossen:

„Alle Kollegen verpflichten sich, keinen zurzeit streikenden unten genannten Gehilfen einzustellen, ebenso keine Aufträge von der Rundschau obiger Kollegen anzunehmen. Allen Kollegen, die nicht in dieser Versammlung anwesend waren, wird es zur Pflicht gemacht, diese Entschlüsse ebenfalls zu befolgen und dadurch die Solidarität zu bezeugen.“

(Folgen die Namen der im Streik stehenden Gehilfen.)
Wer glaubt, daß es sich hier um brutalen Terror handelt, der irrt. Mit solchen Waffen kämpfen doch nur die Arbeiter, aber auch die nicht lange, denn bald findet sich einer unserer Staatsanwälte, um die uns die ganze Welt beneidet und bestraft die Sünden nach dem Gesetz, vor dem alle Deutschen gleich sind.

In der Versammlung der Transportarbeiter der Gruppe Papier und Pappen engros wurde am Donnerstag berichtet, daß im Schlichtungsausschuß über die Forderung einer einheitlichen Wirtschaftsbeihilfe — ab 1. April — verhandelt worden sei. Die Unternehmer wollten darauf nicht eingehen, sondern nur nach der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebs eine Beihilfe leisten. Daraus konnten die Vertreter der Arbeiter ebensomenig eingehen wie auf den Vermittlungsvorschlag des Vorsitzenden, sich mit einer Wirtschaftsbeihilfe für die kommende Zeit zu begnügen und zugleich von einer Tarifrückbildung Abstand zu nehmen. So scheiterten diese Verhandlungen. Die Lohnkommission beschloß dann, den Tarif zum 31. Juli zu kündigen und auf die bestehenden Löhne eine Erhöhung von 30 Prozent zu fordern. Kündigung und Forderung sind von der Kommission bereits den Arbeitgeberorganisationen eingereicht worden. Eine Antwort liegt noch nicht vor. Nach lebhafter Diskussion genehmigte die Versammlung einstimmig die Tarifrückbildung. Durch einen zweiten einstimmigen Beschluß gab die Versammlung ihrem Willen Ausdruck, daß bei den Verhandlungen auf die Erzielung eines einheitlichen Lohnes hinzuwirken sei. Ein an die Bezirksverwaltung gefangener und von dieser den Branchen zur Beurteilung überwiefener Antrag, durch eine Sammlung Mittel für eine Sonderunterstützung der arbeitslosen Mitglieder des Bezirks Berlin des Transportarbeiterverbandes zu beschaffen, wurde angenommen.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit den am 21. und 28. August stattfindenden Wahlen zum einheitlichen Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Das Nationale Gewerkschaftskomitee Groß-Berlin (Nationalverband Deutscher Gewerkschaften) stellt zu den Wahlen zum Gewerbegericht eine nationale Arbeiterbewegung auf. Genosse Flemming ging auf die Wachsenhaftigkeit dieser nationalen Verbände ein, die der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung bei jeder passenden Gelegenheit Knüppel zwischen die Beine werfen und ermahnte die zahlreich anwesenden Delegierten, dahin zu wirken, daß am Tage der Wahl eine wuchtige Stimmenzahl für uns aus den Wählurnen herauszukommen sei. Ebenso sei unser Verhalten einzustellen bei den Kaufmannsgerichtswahlen, wo die nationalen Handlungsgehilfenverbände auf den Plan treten werden. — Eine längere, teilweise erregte Debatte erregte die bekannten Vorgänge der Arbeitslosen im Berliner Gewerkschaftshaus Flemming gab an der Hand von Schilderungen in der letzten Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission den Tatbestand bekannt und knüpfte daran die Mahnung, daß man die Lügen, daß Gewerkschaftsbeamte den Arbeitslosen mit Eisenstöben und sonstigen Schlaginstrumenten entgegengetreten seien, ganz energisch zurückweisen müsse. Die Mitteilung des Genossen Storch, daß der Ausschuß der Charlottenburger Gewerkschaftskommission die ausgewiesenen Lazarettinsassen im Charlottenburger Schlosslazarett im ausreichenden Maße mit Verbandmaterial und ärztlicher Hilfe versehen habe, fand allseitige Anerkennung.

Berichte, für den redakt. Teil: Dr. Werner Heller, Charlottenburg; für Einzelne: Th. Wiede, Berlin. Verlag: Vornobri-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Eisenstr. 3.

Bezirksverb. Berlin SPD
21. Wählergruppe.
Am Sonntag, den 20. d. Mo., verschieb' pünktlich um 10 Uhr.
Ernst Sachs
im 43. Lebensjahre.
Die Einbürgerung findet am Dienstag, den 26. Juli, nachmittags um 5 Uhr, im Krematorium Gesellschaftstr. 6. Die Genossen treffen sich um 4 1/2 Uhr vor dem Krematorium. 241/1

Ruhebetten
200 Mk.
gute Arbeit, kein Spalterbes.
Girndt, Neukölln,
Wagenburgstraße 2
Tel.: Neukölln 1366

Bettwäsche
Deckbett 62 75, Kissen 16 —,
Damenhemd 24 —, Handt-
tücher, Männerhemden,
Schürzen billig. Inserat
ausgeschnitten, vergütet 6 Proz.
Eckebrecht Hasen-
heide 93

Dr. med. Meyenberg G. m. b. H., a. d. Potsd. Br.
Potsdamer Straße 27 b.
Neuartige Behandl. aller Geschlechtsleiden und Frauen-
leiden nach 14 D.-R.-Patentes bes. in veralteten Fällen,
Verengung, Päulen, Urin, schmerzlos u. bei gewohnter
Lebensführung. Blutuntersuchung, Salvarsan. Das
Buch: Sichere Heilung der Syphilis 10 Mark. Unter-
stützung der Frau 2 Mark. Prospekt kostenlos.
Damenzimmer. 11—1, 3—7, Sonntag 11—1 Uhr. 161/2

Korpulenz?
Erfundigen Sie sich über die Erfolge von
Dr. Hoffbauers (ges.)
Entfettungs-Tabletten
Keine Schilddrüse Keim Abführmittel
Ausführl. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 213
Leipsiger Str. 74 (Dönhofspl.)
Am Ztr. 7192

Gardinen!
Sonderangebote
und Gelegenheitskäufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madrass- und Künstler-
Gardinen
Spezial-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof

Arbeitskleidung
Hosen
von 15.— bis 225.— M.
Remden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohlen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Möbel
kaufen Sie nirgends so
billig und gut
wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer
Str. 128, E. Schillerstr. Kein Laden

KORBMEBEL
für Gärten, Balkone, Wohn-
zimmer in moderner u. dauer-
hafter Ausführung. Korbsessel
von 14 an. Große Auswahl.
Besichtigung erbeten.
Heinrich Kaese
Korb- und Rohrmöbelfabrik
Neukölln, Berliner Str. 89.
Quergeb. part. (Kein Laden.)

Nutzeisen
Stahlsägen, Bieche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,
Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen
usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr. Adresse „Ercobor“. Tel. Lichtenbg. 646/647

Einmachehafen
Einkochgläser

1/2 Ltr.	3/4 Ltr.	1 Ltr.	1 1/2 Ltr.	2 Ltr.
50 Pf.	85 Pf.	1 ⁴⁵	1 ⁸⁵	2 ²⁵

Original „Monopol“ mit Ring

1/4 Ltr.	1/2 Ltr.	3/4 Ltr.	1 Ltr.
2 ⁵⁰	3 ²⁵	3 ⁵⁰	3 ⁹⁵

UNION-BAZAR
Wilmersdorfer Straße 54

Wanzen und deren Brut
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicolaas.
Erlaubt verbüßend. Kinder, anzuw. Dankschr. v. überall
Beste Zeit zur Brutverichtung. Doppelpackung 7 Mk.
Erhältlich bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim,
sonst portofrei von **Hermann A. Groesel** Berlin 313
Königsgräzter Str. 49

Korsette
aus la Stoffen und in allen Preislagen
empfiehlt
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Teskow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 86
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124/8r

Neuköllner Möbel Vertrieb
Ludwig Rogganer
Kellerei-Industriest. 40, Gole Anzugerstraße
PENSINA NEUKÖLLN 8000
Spec. Schlafzimmern
Küchen
Bekannt für meine Qualitäten u. Preise

Korbmöbel
kaufen Sie am weitestbesten Markt beim
Neusteller
A. Sedau
Werkstätten für Korb- u. Rohrmöbel
Königsgräzter Str. 17/19
Ausstellung und Verkauf nur
Neukölln, Anzugerstraße 80.

NEVEN & CO.
Spezialhaus für
Holz-Aufwaschtische
Marmor-Waschtische
Bade-Einrichtungen
Sanitäre Steingutwaren
Berlin C 19 Untergrundbahnhof
Wallstr. 25 Spittelmarkt-Inselbrücke